

Das heißt einmal, daß die Partei die Freiheit der Wissenschaft garantieren will. Das bedeutet darüber hinaus jedoch auch, daß der Grundsatz der hundert Schulen auf die Wissenschaft beschränkt bleiben und nicht etwa auf die Politik angewendet werden soll. Über die "Vier grundlegenden Prinzipien" darf nicht diskutiert werden. Nicht umsonst hat Lu Dingyi in seinem Rückblick betont, daß das Motto ursprünglich nur für die Wissenschaft und Kunst gedacht und daß das Hineinziehen in die Politik eine Fehlentwicklung gewesen sei. Allerdings ist hier zu fragen, inwieweit die Beschränkung der "Doppel-Hundert-Richtung" auf Wissenschaft und Kunst nicht von der heutigen Sicht beeinflußt ist. Gong Yuzhi und Liu Wusheng wenigstens deuten in ihrem Artikel an, daß Mao Zedong vom "Wettstreit der hundert Schulen" auch den ideologischen Bereich nicht ausgenommen wissen wollte. -st-

*(27)

Preissenkung bei Schulbüchern

Im Mai 1986 haben die zuständigen Zentralbehörden beschlossen, mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1986 die Preise für Schulbücher zu senken, um die finanzielle Belastung der Familien zu mindern. Künftig werden die Preise für Schulbücher einheitlich fürs ganze Land von der Staatlichen Kommission für Erziehungswesen und dem Staatlichen Amt für Veröffentlichungswesen festgesetzt. Als erster Schritt zur Senkung der Preise haben sich die Staatliche Kommission für das Erziehungswesen, die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Wirtschaftskommission, das Finanzministerium, das Ministerium für Leichtindustrie, das Staatliche Amt für Veröffentlichungswesen und für Preise darauf geeinigt, die Druckkosten für Schulbücher der Grund- und Mittelschulen zu senken. Die einheitlichen Preise für die Endprodukte sollen zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben werden. Sie sollen garantieren, daß es künftig nicht mehr möglich ist, mit Schulbüchern Profit zu machen. Auch die Versorgung mit ausreichend und qualitativ angemessenem Papier für den Druck von Schulbüchern wurde durch die Zentralbehörden geregelt (GMRB, 24.5.86).

Die einheitliche Preisgestaltung und Herabsetzung der Preise für Schulbücher ist im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht zu sehen. In China gibt es keine Lernmittelfreiheit. Zwar wird das Schulgeld jetzt abgeschafft, aber die Eltern müssen immer noch für den Erwerb der Schulbücher aufkommen. Durch die Sen-

kung der Druckkosten werden die Schulbücher billiger und damit die Familien mit schulpflichtigen Kindern finanziell entlastet. -st-

*(28)

Ergänzungsabgabe fürs Erziehungswesen

Auf Beschluß des Staatsrates wird in China ab 1. Juli 1986 von allen Einheiten und Einzelpersonen, die Produktionssteuer, Mehrwert- oder Gewerbesteuer zahlen, eine zusätzliche Abgabe für das Erziehungswesen eingezogen. Ausgenommen sind lediglich die Einheiten, die bereits eine Ergänzungsabgabe für das ländliche Erziehungswesen zahlen. Die Ergänzungsabgabe ist dazu bestimmt, den Beschluß des ZK über die Reform des Erziehungssystems (Mai 1985) zu verwirklichen, nämlich die Entwicklung des örtlichen Erziehungswesens zu beschleunigen und die Finanzquellen für die örtlichen Schulen zu erweitern. Die Abgabe beträgt 1% des Steuerbetrages für Produktions-, Mehrwert- und Gewerbesteuer und wird extra, aber gleichzeitig mit diesen Steuern von den Finanzbehörden erhoben. Die Einnahmen aus dieser Ergänzungsabgabe werden nach Beratung zwischen den Erziehungs- und Finanzbehörden derselben Ebene von den jeweiligen Erziehungsbehörden verteilt. Sie sollen dazu verwendet werden, die schulischen Einrichtungen sowie den Schulbetrieb der Grund- und Mittelschulen zu verbessern, dürfen aber nicht für Wohlfahrtszwecke der Angestellten und Arbeiter oder für Prämienzahlungen verwendet werden. Die Ergänzungsabgabe der örtlichen Ebene soll hauptsächlich an dem jeweiligen Ort verwendet werden. Weiterhin wird in dem Beschluß über die Ergänzungsabgabe verfügt, daß Einheiten, die Schulen für die Kinder ihrer Belegschaft unterhalten, diese Abgabe auch zahlen müssen; je nach den Umständen können die Erziehungsbehörden das Geld als Zuschuß zu den laufenden Ausgaben an die betreffende Schule zurückgeben. Die Schulen betreibenden Einheiten dürfen jedoch nicht unter dem Vorwand, die Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen nicht zahlen zu können, die Schulen schließen oder zusammen-

Schließlich wird in dem Beschluß klar und deutlich festgelegt, daß die örtlichen Erziehungsbehörden und Schulen aller Ebenen auf keinen Fall unter irgendwelchen Vorwänden von den Familienoberhäuptern oder Einheiten der Schüler Geld kassieren dürfen, auch nicht unter anderem Namen, und daß es nicht gestattet ist, die Schüler unter irgendeinem Vorwand nicht in die Schule gehen zu lassen. Bei Zuwiderhandlung gegen den Beschluß

muß die nächst höhere Erziehungsbehörde einschreiten und Disziplinarmaßnahmen ergreifen (RMRB, 8.5.86).

Der Beschluß des Staatsrates, ab 1. Juli 1986 eine Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen zu erheben, muß in Zusammenhang mit dem kürzlich verabschiedeten Gesetz über die Einführung der neunjährigen Schulpflicht (s. C.a. 1986/4, Ü 15) gesehen werden, das ebenfalls am 1. Juli 1986 in Kraft tritt. Bisher hat es nämlich in China keine generelle Schulgeldfreiheit gegeben; eine solche aber ist für die Einführung der Schulpflicht unabdingbare Voraussetzung. Die mit der Einführung der Schulpflicht auf die Gemeinden zukommenden finanziellen Belastungen sind so groß, daß sie offensichtlich durch die regulären Bildungsetats nicht getragen werden können, auch wenn diese, wie das Schulpflichtgesetz verfügt, überproportional zu den übrigen Etats wachsen sollen.

Ein gänzlicher Wegfall des Schulgeldes würde viele Gemeinden in Schwierigkeiten bringen und damit die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, für die die Gemeinden zuständig sind, gefährden. Insofern kann man davon ausgehen, daß die Ergänzungsabgabe als Kompensation für das künftig entfallende Schulgeld gedacht ist. Anders ausgedrückt, das Schulgeld ist von den privaten in die öffentlichen Haushalte verlegt worden. Die Tendenz zur Umgehung der neuen Bestimmungen ist offensichtlich groß, denn vielerorts wird die Notwendigkeit verstärkter Investitionen im Bildungssektor nicht eingesehen. Deshalb wird in dem Beschluß ausdrücklich verfügt, daß die Ergänzungsabgabe zweckgebunden nur für das Schulwesen verwendet und nicht für andere Zwecke abgezweigt werden darf. Außerdem darf künftig kein Schulgeld, auch nicht unter anderen Bezeichnungen, genommen werden. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß auch Kinder bedürftiger Familien die Schule besuchen können. So gesehen, ist die Erhebung der Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen eine notwendige Maßnahme für die Verwirklichung der allgemeinen Schulpflicht. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*
*

*(29)

Messe in Guangzhou in Zeichen von chinesischen Exportanstrengungen
Vom 15.4. bis 5.5.1986 fand in Guangzhou die traditionelle Frühjahrsmesse statt. Nachdem der Messumsatz im Frühjahr 1985

2,73 Mrd. US\$ und im Herbst 1985 3,10 Mrd. US\$ verzeichnet hatte, verlautete zum Ende der Frühjahrsmesse, daß ein rd. 40% über dem Vorjahr liegender Gesamtumsatz erzielt worden sei. Das würde einem Ergebnis von ca. 3,6 Mrd. US\$ entsprechen. Die chinesischen Verkäufe allein wurden auf fast 3 Mrd. US\$ beziffert.

Als Folge der außergewöhnlichen hohen landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssteigerungen des Vorjahres hatten die meisten chinesischen Außenhandelsgesellschaften nicht nur höhere Mengen, sondern auch eine größere Vielfalt an Waren anzubieten. An der Spitze der chinesischen Verkäufe standen Textilerzeugnisse und Seide, die zusammen etwa 30% der Gesamterlöse einbrachten. Danach kamen landwirtschaftliche, leichtindustrielle und kunsthandwerkliche Produkte. Größere Absatzsteigerungen wurden auch für chemische Erzeugnisse, Werkzeuge, mineralische Produkte, Maschinen, Instrumente und Meßgeräte gemeldet.

Das industrielle Angebot bestand zu 15% aus neuen Erzeugnissen. In der Landwirtschaft trugen die unter hohen staatlichen Investitionen entwickelten Exportbasen, wie z.B. für Mais, Sojabohnen, Fleisch, Meeresprodukte und andere Agrarerzeugnisse, wesentlich zur Steigerung des Exportaufkommens bei. Neben den bereits bestehenden 125 Zentren sollen weitere in der Küstenregion oder in Gebieten mit guten Verkehrsverbindungen errichtet werden.

Geplant sind z.B. auch chemische Erzeugungsbasen und ausschließlich exportorientierte Chemiebetriebe in verschiedenen Städten und Provinzen. Beim Aufbau dieser Basen wird ausländische Mitwirkung in jedweder Form angestrebt. Die Fremdinvestoren können ihre Beteiligungen in Form von Naturalieferungen zurückgewinnen. Bevorzugt werden solche Projekte, die nur einen geringen Aufwand erfordern und erstklassige Exportgüter erzeugen.

Auf der Messe hieß es, daß die gesamte chinesische Textilexportquote für 1986 bereits zur Mitte der Messe erschöpft gewesen sei. Trotzdem sei großes Gewicht auf die Verbesserung der Organisation gelegt worden, unter besonderer Berücksichtigung der Käuferinteressen. Zukünftig sollen Händler und Agenturen in Hongkong und den USA gegen unlauteren Wettbewerb (Parallelhandel) geschützt werden. Es sei außerdem geplant, alle Kunden gleich zu behandeln, denn "auch die kleinen Käufer sollen glücklich sein".

Neben dem traditionellen chinesischen Messeangebot stand insbesondere auch das Verkaufssortiment des Maschinen- und Anlagenbaus, der Elektronik und Feinmechanik im Zeichen einer stetigen Expansion, die gleichermaßen durch Steigerung der Produktqualität und -vielfalt gekennzeichnet ist. Innerhalb des Sortimentes der Außenhandelsgesellschaft Maschinen entfielen z.B. rd. 40% aller Exponate auf neue Produkte, einschließlich verbesserter Ausführungen und solche Erzeugnisse, die unter ausländischer Lizenz oder im Rahmen von Joint Venture-Unternehmen hergestellt werden.

Das Sortiment der Außenhandelsgesellschaft Maschinen und Ausrüstungen wurde auf mehr als 10.000 Exponate oder Aggregate beziffert, die im vergangenen oder laufenden Jahr erzeugt worden seien. Auf neue Produkte, einschließlich solcher Erzeugnisse, die das Ergebnis einer Umformung der Technologie seien, entfielen etwa 20% aller Exponate.

Im Rahmen der stetig verfolgten Verbesserung der Organisation dieser Außenhandelsgesellschaft und der Rationalisierung des Messegeschäftes bieten die unter Leitung der Zentrale stehenden Branchen gegenwärtig gemeinsam und einheitlich an. Anschließend werden die Aufträge nach bestimmten Kriterien auf die einzelnen Zweigniederlassungen verteilt. Innerhalb der Außenhandelsgesellschaft selbst stehen fünf Sparten unter zentraler Leitung, nämlich Werkzeugmaschinen, Meßinstrumente und Schneidwerkzeuge, Schleifmittel und Schleifscheiben, Wälzlager und Elektromotoren. (NFA, 21.5.86) -lou-

*(30)

Vertretungsrechte der Volksrepublik in der ADB ungeklärt

Die Asiatische Entwicklungsbank (nach der englischen Bezeichnung ADB abgekürzt) beendete am 2.5.1986 ihre Jahresversammlung, ohne jedoch die Frage zu klären, wie die Vertretungsrechte für die Volksrepublik China zu regeln seien.

Ogleich die Bankgouverneure den Beitritt der Volksrepublik als 47. Mitglied der Bank begrüßten, konnten sie dennoch keine Einigung darüber erzielen, wie das Land in dem 12köpfigen Verwaltungsrat vertreten sein solle, der die laufende Geschäftstätigkeit der Bank kontrolliert. Die meisten Delegierten befürworteten einen weiteren Sitz im Verwaltungsrat, die dazu benötigten Stimmen in Höhe von 75% zur Änderung der Statuten wurden jedoch nicht erreicht. Die USA und

auch die Bundesrepublik Deutschland wandten sich gegen die Erweiterung des Verwaltungsrates, indem sie argumentierten, die Volksrepublik müsse sich einen bestehenden Sitz im Verwaltungsrat mit anderen Ländern in der Region teilen.

Die Vereinigten Staaten lehnten auch eine Erhöhung des Bankkapitals vor 1990 ab. Das Bankkapital hat gegenwärtig einen Gegenwert von mehr als 18 Mrd. US\$. Der Bankpräsident, Masao Fujioka, erklärte jedoch, daß die letzte Kapitalerhöhung aus dem Jahre 1983 bereits für die Anforderungen bis zum Jahre 1987 geplant war. Die Nichterhöhung des Kapitals stelle für die nächsten Jahre kein Problem dar, weil seit 1985 ein Rückgang der normalen Kreditvergabe der Bank zu konstatieren sei.

Die Jahresversammlung der Bank wurde in einer Hinsicht als positiv bezeichnet. Die Geberländer waren nämlich übereingekommen, dem Asian Development Fund 3,6 Mrd. US\$ zur Verfügung zu stellen. Dieser Fund ist die Quelle von zinsfreien Krediten an die ärmsten Mitgliedsländer der Bank.

In einer Rede an die Gouverneure der Bank auf der Schlußsitzung am 2.5.1986 meldete der amerikanische Delegierte, James W. Conrow, Opposition dagegen an, daß die Bank Kredite an die Volksrepublik und Indien verberge. Indien hatte 3 Jahre warten müssen, bevor der erste Kredit in Höhe von 100 Mio. US\$ einige Wochen zuvor genehmigt worden war.

Später erklärte Fujioka, daß China niemals den Wunsch geäußert habe, von der Bank zu leihen. Die Bank gehe jedoch davon aus, daß die Volksrepublik leihen wolle, doch es sei an ihr, einen Antrag zu stellen. Chen Muhua, die Präsidentin der Volksbank von China, erklärte, daß es noch zu früh sei, über dieses Problem zu sprechen. Die Volksrepublik studiere diese Angelegenheit, sie sei sich bewußt, daß die Ressourcen der Bank begrenzt seien.

Hinsichtlich der Vertretung der Volksrepublik erklärte Frau Chen, daß die Volksrepublik einen Sitz im Verwaltungsrat für sich alleine beanspruche, schließlich sei sie der drittgrößte Teilhaber der Bank. Bis zur nächsten Jahresversammlung der Bank in Osaka wird die Volksrepublik, Fujioka zufolge, einen nichtstimmberechtigten Vertreter im Verwaltungsrat haben. (AWSJ, 2.5., 5.5. und 20.5.86; vgl. auch C.a., März 1986, S.137f.) -lou-

*(31)

Französische und britische Kredite für die Volksrepublik

Eine Kreditlinie in Höhe von 1,35 Mrd. FF hat Frankreich der Volksrepublik China nach Angaben des Wirtschaftsministeriums in Paris zu Vorzugskonditionen eingeräumt, die aber nicht genannt wurden. Die Gelder sollen für Entwicklungsvorhaben, den Bau eines Kraftwerks und den Bau einer Zementfabrik verwendet werden.

Großbritannien und die Volksrepublik China haben ein Abkommen über einen Kredit in Höhe von 300 Mio. Pfund sowie ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet. Der Kredit hat eine Laufzeit von 20 Jahren und wird mit 5% verzinst werden. Er soll für Warenlieferungen aus Großbritannien verwendet werden, die für Entwicklungsvorhaben in der Volksrepublik bestimmt sind.

Die Vergabe des britischen Kredits bringt jedoch einige Schwierigkeiten mit sich, und zwar wegen der Nachfrage in beiden Ländern und der Notwendigkeit, in Übereinstimmung mit der britischen Hilfspolitik zu bleiben.

Die Knappheit an Devisen in der Volksrepublik hat einen Ansturm von Unternehmen ausgelöst, die nicht mehr in der Lage sind, für die Importe von Maschinen und Know-how zu zahlen. Viele dieser Anfragen aus der Volksrepublik könnten abschlägig beschieden werden, weil der britische Kredit nicht dazu gedacht ist, Geschäfte zu finanzieren, die normalerweise auf kommerzieller Basis abgewickelt würden. Die Overseas Development Administration erklärte: "Wir halten Ausschau nach Entwicklungsprojekten, die sowohl gute Aussichten für die britische Industrie als auch gesunde wirtschaftliche und finanzielle Investitionen für die Chinesen bedeuten." In Großbritannien gibt es die Befürchtung, daß der chinesische Markt durch die Vergabe von zu günstigen Krediten verdorben werde. (NfA, 20.5.86, Financial Times, 2.5.86) -lou-

*(32)

Geplante Euro-Dollar-Anleihe stößt in London auf Schwierigkeiten

Die Bank of China plant, eine Anleihe in Höhe von 200-300 Mio. US\$ auf dem Euro-Dollar-Markt zu platzieren. Dieses Vorhaben ist jedoch seitens der Bank of England auf Widerstand gestoßen. Die britischen Geschäftsbanken wären an diesem Geschäft interessiert, doch niemand wird die Bank of England herausfordern. Die Anleihe würde Chinas Debüt im Euro-Dollar-Anleihenmarkt bedeuten. Die Volksrepublik würde damit Zugang zu langfristi-

gen Finanzierungsmöglichkeiten bekommen, die weitgehend frei von Regierungskontrollen sind.

Hinter der Opposition der Bank of England stehen die alten Anleihen Chinas aus der Republik- bzw. noch aus der Kaiserzeit. Der britische Council of the Corporation of Foreign Bondholders hält immer noch Anleihepapiere im Wert von 61 Mio. Pfund aus der Zeit vor der Gründung der Volksrepublik. Die Zinsen für diese Anleihen betragen 162 Mio. Pfund.

Der in New York ansässige Foreign Bondholders Protective Council hält Anleihepapiere in Höhe von 30 Mio. US\$. (AWSJ, 13.5.86; Financial Times, 3.5.86) -lou-

*(33)

Wiederum Rohölimporte der Volksrepublik

Die Volksrepublik wird, entsprechend einer kuwaitischen Quelle, aus Kuwait 1,5 Mio. Barrel (1 Barrel = 159 l) Rohöl importieren. In Indonesien kaufte die Volksrepublik ebenfalls 1,5 Mio. Barrel Öl, dies stellt das erste direkte Handelsgeschäft zwischen den beiden Ländern seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1967 dar. Das Ölgeschäft im Werte von ca. 20 Mio. US\$ ist in ein Countertrade-Arrangement zwischen den beiden Ländern eingebunden. Auf diese Weise soll die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern im wesentlichen ins Gleichgewicht gebracht werden.

Das indonesische Öl ist bereits an die Raffinerie von Maoming in der Nähe von Zhenzhang westlich von Hongkong geliefert worden. Es ist im wesentlichen Leichtöl und wird hauptsächlich als Brennstoff Verwendung finden.

Im Jahre 1985, als die Ölpreise beträchtlich höher waren, importierte die Volksrepublik Petroleumprodukte im Werte von ca. 45 Mio. US\$.

In Kreisen der internationalen Ölhändler wurden verschiedene Erklärungen für das chinesische Verhalten gehandelt. Einige Experten vertraten die Ansicht, daß China die günstige Marktsituation ausnutze, um seine eigenen Ölreserven zu schonen. Andere meinten jedoch, daß die chinesischen Raffineriekapazitäten nicht mit dem schnellen Wirtschaftswachstum der letzten fünf Jahre Schritt gehalten hätten. Vor allen Dingen gäbe es einen Mangel an Dieseltreibstoff sowie Brennstoffen allgemein.

Aus Kuwait verlautete, daß China zugesagt habe, seine Ölexporte auf dem Vorjahresniveau (219,9 Mio. Barrel) einzufrieren, um die Bemü-

hungen der OPEC zur Stabilisierung des Weltölmarktes zu unterstützen. Die Einnahmeverluste der VR aus den Ölexporten sollen im Jahre 1986 ca. 2 Mrd. US\$ betragen. (AWSJ, 7.5., 9.5., 13.5., 20.5.86; Financial Times, 1.5.86) -lou-

*(34)

Durchbruch der VR China im Satellitentransportgeschäft

Im März 1986 konnte die chinesische Raumfahrtindustrie in einem Abkommen mit Schweden ihren ersten Auftrag für den Abschluß eines Nachrichtensatelliten einfahren. Schweden wollte u.a. von den günstigen Zahlungsbedingungen profitieren: Nach Angaben der chinesischen Regierung liegen die Preise für Satellitentransporte durch China um 15% unter denen der europäischen und amerikanischen Konkurrenz.

Nach 3 Fehlstarts amerikanischer Trägersysteme (und einem Fehlstart der europäischen "Ariane") hat inzwischen auch eine US-Firma mit China einen Vertrag über den Transport zweier Satelliten ins All geschlossen, und zwar die texanische Firma Teresat und das Industriekombinat "Große Mauer", eine Abteilung des chinesischen Raumfahrtministeriums. Der Start der künstlichen Himmelskörper, die mit Trägerraketen vom Typ Langer Marsch-3 erfolgen sollen, sei für Dezember 1987 vorgesehen. Die Satelliten sollen von einem chinesischen Startplatz in der Provinz Sichuan aus abgeschossen werden (China Daily, 9.5.86). -we-

Übersichten 35 - 55

*(35)

Chinesisch-deutsche Geschäftsabschlüsse

Die PHB Weserhütte AG., Köln, hat den Auftrag zum Bau der kompletten Kohleumschlagsanlage der dritten Ausbaustufe des Hafens Qinhuangdao (Provinz Hebei) erhalten. Ein entsprechender Vertrag wurde vom Vorstandsvorsitzenden der PHB und dem Präsidenten der China National Technical Import Corp. unterzeichnet. PHB hatte diesen Auftrag im Wert von über 125 Mio. DM gegen starke internationale Konkurrenz vor allem aus Japan erhalten. Nach chinesischen Angaben handelt es sich um den bisher größten Importauftrag, der aus staatlichen Mitteln ohne ausländische Kredite finanziert worden sei. (FAZ, 15.4.86)

Die Karosserie- und Fahrzeugbau Gottlob Auwärter GmbH & Co., Stuttgart, hat mit China ein Lizenzabkommen zur Herstellung von Stadtlinien- und Überland-Linien-Omnibussen abgeschlossen. Wie das Unternehmen in Stuttgart mitteilte, sähe das Abkommen die Fertigung von jährlich 1.000 Fahrzeugen vor und habe eine Laufzeit von 10 Jahren. Lizenznehmer ist die Firma Norinco in Beijing, einer der größten metallverarbeitenden Betriebe der Volksrepublik. Zum Einbau kommen luftgekühlte Deutz-Dieselmotoren, die aus der Bundesrepublik geliefert werden. Das Abkommen umfaßt u.a. die Bereitstellung des technischen Know-how und der Produktionseinrichtung. 25 chinesische Mitarbeiter von Norinco werden in der Bundesrepublik auf die Serienfertigung in ihrem Heimatland vorbereitet. (NfA, 9.5.86)

Großcomputer mit Peripheriesystemen im Werte von über 50 Mio. DM hat die Volksrepublik China bei der Siemens AG, München, bestellt. Nach Angaben von Siemens sind die Anlagen für 18 chinesische Universitäten bestimmt und sollen hauptsächlich für Lehr- und Forschungszwecke eingesetzt werden. Zur Ein- und Ausgabe von rd. 7.000 verschiedenen chinesischen Schriftzeichen seien zusätzlich 36 Personalcomputer und 4 Laserdrucker vorgesehen. Vertragsbestandteil sei außerdem die Schulung von 70 chinesischen Fachkräften. Nach Aussagen des Auftraggebers sei dies der bisher größte EDV-Auftrag der Volksrepublik China. Er wurde nach internationaler Ausschreibung vergeben.

Chinas staatliche Fluggesellschaft hat 10 Großflugzeuge für den Einsatz auf internationalen Strecken bestellt. Dazu gehören zwei Airbus-Großraumflugzeuge der Langstreckenversion A 310-300. Ein entsprechender Vertrag im Werte von

100 Mio. US\$ wurde in der zweiten Maiwoche 1986 in Beijing unterzeichnet. Die Lieferung soll im 3. Quartal 1987 erfolgen. Die restlichen 8 Flugzeuge im Werte von 750 Mio. US\$ werden von Boeing geliefert. (Financial Times, 16.5.86) -lou-

*(36)

Australisch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen werden ausgebaut

Die Volksrepublik China beteiligt sich über die China International Trust and Investment Corp. (CITIC) mit 100 Mio. A\$ bzw. ca. 10% am Eigenkapital der in Portland im australischen Bundesstaat Victoria zu errichtenden Aluminiumhütte im Werte von 1,1 Mrd. A\$. Wie der Ministerpräsident von Victoria, John Cain, mitteilte, wurde ein entsprechender Vertrag zwischen Victoria und CITIC unterzeichnet. Diese Investition stellte nach australischen Angaben das bisher größte Auslandsengagement der Volksrepublik China dar.

Ministerpräsident Cain erwartet, daß China bis ca. Mitte 1986 den Betrag von 100 Mio. A\$ zur Realisierung des Projektes der Aluminiumhütte bereitstellen wird. Die australische Bundesregierung stellt der Volksrepublik im Rahmen des Projektes einen Betrag von 1,5 Mio. A\$ als "speziellen Zuschuß" zur Verfügung. An dem Vorhaben sind im übrigen u.a. die Alcoa of Australia Ltd. mit 45% und die Regierung von Victoria mit 35% beteiligt.

Im Rahmen des Projektes wird an der Westküste Victorias in Portland eine Aluminiumhütte mit einer Jahreskapazität von 300.000 t errichtet. Zur Vorbereitung des Vorhabens wurden in Portland bisher bereits ca. 550 Mio. A\$ verausgabt. Der erste Abschnitt soll bis Ende 1986 fertiggestellt werden, der zweite wird nach der Planung Mitte 1988 in Betrieb genommen. Die Produktionsaufnahme wird für November 1986 erwartet. Von dem chinesischen Engagement in Portland verspricht sich Victoria vor allem auch erweiterte Absatzmöglichkeiten für Aluminium. Die CITIC verpflichtete sich ihrerseits zur Abnahme von 10% des Ausstoßes der Hütte. China importiert jährlich ca. 250.000 t Aluminium. Es wird daher in Australien erwartet, daß die CITIC ihren Produktionsanteil nach China verschifft. (NfA, 30.4.86) -lou-

*(37)

Hohe Zuwachsraten im sowjetisch-chinesischen Handel

Mit einem Volumen von 1,605 Mrd. Rbl lag der Handel zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China

1985 um 64% über dem Ergebnis von 1984. Damit näherte sich, einer sowjetischen Zeitschrift zufolge, das Handelsvolumen wieder dem Stand von 1959, das mit dem bisher höchsten Ergebnis von - in damaligen Preisen - 1,849 Mrd. Rbl abgeschlossen hatte. Der Warenverkehr, der in Schweizer Franken als der vereinbarten Währungsbasis im Clearing berechnet wird, war 1985 bei einem sowjetischen Passivsaldo von 47 Mio. Rbl nahezu ausgeglichen.

Anfang 1986 trat die erste langfristige Handelsvereinbarung zwischen beiden Ländern, das Regierungsabkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr im Zeitraum 1986-1990, in Kraft. Danach soll das Außenhandelsvolumen in dieser Fünfjahresperiode rd. 12 Mrd. Rbl erreichen. Mit 3 Mrd. Rbl ist für 1990 ein fast doppelt so hoher Warenaustausch wie 1985 vorgesehen. Nach Ansicht sowjetischer Außenhandelspartner wird sich der Warenverkehr schneller als geplant entwickeln und 1990 einen Umfang von etwa 4 Mrd. Rbl erreichen.

Erstmals wieder wurde eine bilaterale Übereinkunft über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beim Bau und der Modernisierung von Industriebetrieben unterzeichnet. Dabei sollen in der Volksrepublik China bis 1990 insgesamt 17 Großwerke umgerüstet und weitere 7 in den Bereichen Kohleförderung und Aufbereitung, Eisen- und Nichteisen-Metallindustrie, Schwermaschinenbau, chemische Industrie und Transportwesen neu errichtet werden. Es handelt sich dabei in der Regel um Vorhaben zur Umrüstung von Betrieben, die in den 1950er Jahren mit sowjetischer Hilfe errichtet worden waren.

Auf der ersten Tagung der sowjetisch-chinesischen Kommission für Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik in Beijing hatten beide Seiten im März 1986 vereinbart, künftig auch bei der Wirtschaftsplanung zusammenzuarbeiten sowie die Kooperation im Bildungswesen, in der Zivilluftfahrt sowie im Messe- und Ausstellungswesen in der Zeit bis 1990 auszubauen. China hat Interesse an wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit mit der UdSSR in den Bereichen Eisen und Stahl, Kohle, Erdöl und Erdölverarbeitung, Fischwirtschaft, Hafenumschlag und Gesundheitswesen bekundet.

Die UdSSR soll 1985 insgesamt 40.000 Pkw der Marke "Wolga" und "Shiguli" nach China verkauft haben, ferner Flugzeuge des Typs IL-62. Künftig wird möglicherweise auch das Großraumflugzeug IL-86

nach China geliefert.

Als positiv für die Entwicklung der beiderseitigen Außenhandelsbeziehungen wird in der UdSSR vermerkt, daß der sowjetisch-chinesische Güterverkehr über die Eisenbahnlinie zwischen Südost-Kasachstan und Xinjiang wieder aufgenommen wurde. Nach Fertigstellung eines 600 km-langen Streckenabschnitts auf der chinesischen Seite, mit der für 1989 gerechnet wird, soll die Beförderungskapazität der Eisenbahnlinie beträchtlich zunehmen. Gegenwärtig wickeln die UdSSR und China einen großen Teil des Warenaustauschs über Eisenbahnverbindungen durch die Mongolei ab. -lou-

*(38)

10 Millionen Touristen für das Jahr 2000 geplant

Unter Berufung auf eine kürzlich in Hangzhou (Provinz Zhejiang) abgehaltene internationale Tourismuskonferenz wurde berichtet, China plane, zur Jahrtausendwende jährlich 10 Millionen ausländische Touristen zu empfangen. Der 7. Fünfjahrplan (1986-1990) soll Neuinvestitionen in Höhe von 12 Mrd. Yuan in den Tourismus vorsehen.

Die Ausgaben werden auf folgende touristische Schwerpunktregionen konzentriert: Beijing, Shanghai, Xi'an, Guilin, Hangzhou, Guangzhou sowie die Provinz Jiangsu und die südhinesische Insel Hainan. Die Zahl der Hotelbetten soll sich bereits Ende 1990 auf 240.000 verdoppeln. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen jährlich 5 Millionen Ausländer in die Volksrepublik kommen. Nach der Darstellung des Vizerektors der chinesischen Tourismusbehörde gibt es in der Volksrepublik z. Z. rd. 350 Hotels, die ausländische Touristen aufnehmen können. Bis 1990 sollen mindestens 200 weitere Hotels gebaut werden.

Gegenüber den chinesischen Plandaten ist Skepsis angebracht. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß die touristische Erschließung des Landes viel Zeit in Anspruch nimmt. Die Bewegungsfreiheit für Ausländer ist nicht nur durch administrative Auflagen, sondern auch durch technische Engpässe eingeschränkt.

Der Tourismus wird in erster Linie als wichtige Devisenquelle angesehen. 1985 nahm die Volksrepublik rd. 1,1 Mrd. US\$ aus dem Tourismus ein. Im Jahre 1985 sollen 1,38 Millionen Ausländer die Volksrepublik besucht haben, darüber hinaus kamen rd. 12 Millionen Auslandschinesen zu Besuch. (NZZ, 13.5.86) -lou-

BINNENWIRTSCHAFT

*

*

*(39)

Deng Xiaoping über das National-einkommen im nächsten Jahrtausend
Auf einem Treffen mit dem australischen Premierminister, Robert Hawke, machte Deng Xiaoping Aussagen über langfristige Wirtschaftsziele der Volksrepublik China. Nachdem das Ziel erreicht worden sei, das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1980 und dem Jahr 2000 zu vervierfachen, solle eine weitere Vervielfachung in "30 bis 50 Jahren, um präziser zu sein, 50 Jahren" erreicht werden.

Nach Deng habe das Pro-Kopf-Nationaleinkommen im Jahre 1980 250 US\$ betragen. Im Jahre 2000 werde es sich mithin auf 1.000 US\$ belaufen. Im Jahre 2050 werde es dann 4.000 US\$ betragen. Dabei sei die Bevölkerungsentwicklung eingerechnet. China werde auf diese Weise dem wirtschaftlichen Niveau der entwickelten Länder nahekommen.

Ferner sagte Deng, daß die wirtschaftliche Umstrukturierung, mit der man gegenwärtig beschäftigt sei, die Methode sei, die genannten Ziele zu erreichen. China stehe vielen Aufgaben gegenüber, doch die beiden übergeordneten, miteinander verbundenen Aufgaben wären, die Wirtschaft zu entwickeln und für den Weltfrieden zu arbeiten. Wenn China und andere friedliebende Länder sich wirtschaftlich entwickeln würden, würde dies auch der Verteidigung des Weltfriedens nützen. (XNA, 21.5.86) -lou-

*(40)

Nach Tschernobyl: Wirtschaftliche Aspekte der chinesischen Nuklearpolitik

Auch die Volksrepublik China wurde durch das Kernkraftunglück von Tschernobyl betroffen. Nach einem Bericht der Volkszeitung ist China zwischen Ende April bis Anfang Mai gebietsweise unter den Einfluß einer radioaktiven Wolke geraten, die in Tschernobyl frei wurde. Die in der Atmosphäre und am Boden gemessene Strahlenbelastung habe sich jedoch in einem niedrigen Umfang gehalten. Wie es die Behörden in aller Welt bei solchen Gelegenheiten ausdrücken, so heißt es auch in der Volkszeitung, daß Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung nicht bestünden. Über Meßwerte und die betroffenen Gebiete wurden keine Angaben gemacht. Die zuständigen Behörden hätten dennoch Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. In 12 Provinzen bzw. Städten würden weiterhin Untersuchungen ausgewertet. Außerdem würden Flugzeu-

ge, Fahrzeuge und Güter, die aus der Ukraine kommen, auf radioaktive Strahlung untersucht.

Wie jetzt berichtet wird, ist es wohl auch in der Volksrepublik China zu "Vorkommnissen" in bezug auf Radioaktivität gekommen. Nach Angaben der China Daily wurden im nordchinesischen Landkreis Tangxian, rd. 100 km südwestlich von Beijing, zwei Amtsträger gemäßregelt. Bereits vor einem Jahr wurden der stellvertretende Umweltdirektor des Kreises und der lokale Parteisekretär aus ihren Ämtern entlassen und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Beiden wird vorgeworfen, 25 t schwach radioaktiven Abfalls in einem ausgetrockneten Brunnenschacht gelagert zu haben. Dies habe in der unmittelbaren Umgebung der Lagerstelle vorübergehend zu einer weit über der Norm liegenden Strahlenbelastung geführt.

Radio Beijing berichtete, daß in den letzten Jahren, "als Ergebnis mangelhaften Managements und mangelhafter Systeme", es zu einem "Verlust" radioaktiver Elemente gekommen sei. In einem Unfall sei das Betriebspersonal ungewöhnlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt gewesen. Es sei deshalb nötig, radioaktive Systeme eher durch das Rechtssystem zu schützen und zu kontrollieren als mittels allgemeiner administrativer Maßnahmen.

Chen Zhaoming, stellvertretender Minister für die Nuklearindustrie, teilte mit, daß die erste Phase des Kernkraftwerkes von Qinshan (Provinz Zhejiang) im Jahre 1989 vollendet werden würde. Zu diesem Zeitpunkt würde ein Reaktor mit einer Kapazität von 300 MW in Betrieb gehen. In der zweiten Phase würden in Qinshan zwei Reaktoren mit je 600-MW-Leistung gebaut werden. Die Reaktoren seien in China entworfen worden. Der Staatskommissar und stellvertretende Generalsekretär der Zentralen Militärkommission, Zhang Aiping, stattete dem Kernkraftwerk von Qinshan am 9. und 19. Mai 1986 Inspektionsbesuche ab. Bei dieser Gelegenheit wies Zhang darauf hin, daß man sich an das Prinzip halten müsse, Sicherheit und Qualität an die erste Stelle zu setzen.

Das Kernkraftwerk in der Bucht von Daya wurde mit französischer Technologie gebaut. In den beiden Reaktoren mit je 900 MW-Leistung wird Wasser als Kühlmittel verwendet. Mit einem Durchmesser von 3,20 m und einer Höhe von 3,50 m sind die Reaktoren klein. Das Containment hat eine Stärke von 90 cm; der Stahlbeton könne einen Druck aushalten, der fünfmal so groß sei wie der atmosphärische Druck.